71. Jahrgang. № 78 — Dienstag, 15. Februar 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Februar 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 RM. Postbezugspreis für Monat Februar 1 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet, die einspaltige 40 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Bei Aufträgen gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Chinesischer Protest beim Völkerbund.

Ganz China einig in der Abwehr der englischen Einmischung in Schanghai.

Der Streit der Seemächte um die Abrüstung. — Weitere Deutschenverfolgungen in Polen. — Erdbebenkatastrophe in der Herzegowina.

Ein ungewöhnlicher Schritt des chinesischen Völkerbundsvertreters.

Genf, 14. Febr. Der chinesische Gesandte, Chaoh Finchu, der ständige Delegierte im Völkerbund und Mitglied des Völkerbundsrats, hat einen ungewöhnlichen Schritt unternommen. Er hat an die Pressevertreter eine schriftliche Mitteilung gegeben, die eine

Antwort auf die Note Chamberlains

an den Generalsekretär des Völkerbundes darstellt. Es heißt in dieser Mitteilung: **„Ich verurteile natürlich auf das schärfste die Entsendung britischer Truppen nach China. Wir hören mit Erstaunen, daß England 20 000 Mann Truppen, Kriegsschiffe, Unterseeboote und Flugzeuge nach China schickt. Die Entsendung einer solchen Streitmacht kann nicht nur defensiven Interessen dienen. Das ist eine bewaffnete Demonstration, von der man vielleicht glaubt, daß sie China schrecken wird. Kann es jemand geben, der ernstlich findet, daß diese Aktion mit den Satzungen des Völkerbundes übereinstimmt? Ich erkläre feierlich, daß die 400 Millionen Chinesen, welche die chinesische Souveränität verteidigen, niemals der Waffengewalt weichen werden. Ich muß sagen, daß**

die Atmosphäre kriegerisch ist, trotz allem Friedensgerede.

Es wird übersehen, daß Schanghai nicht englisches Gebiet ist. Wenn die Anwesenheit der fremden Streitmächte zu Verwicklungen führen sollte, so wird die Verantwortung sicherlich nicht auf China fallen."

Die Mitteilung hebt dann mit besonderem Nachdruck hervor, daß die chinesische öffentliche Meinung mit den Erklärungen der englischen Opposition übereinstimmt und schließt mit folgenden Worten: Es wurde von mancher Seite angeregt, daß sich der Völkerbund mit diesem internationalen Streitfall beschäftigen sollte. Es wurde hierbei mein Recht bestritten, im Namen des ganzen chinesischen Reiches zu sprechen. **Ich erkläre hiermit, daß ich in dieser einen Frage das ganze chinesische Reich zu vertreten berechtigt bin. Mein Mandat ist vollständig.**

Hinter mir stehen 400 Millionen Chinesen des Nordens sowohl wie des Südens, die Jungen wie die Alten. Wir Chinesen mögen innerhalb unseres Volkes Differenzen haben, aber in der internationalen Frage, die jetzt unsere Souveränität und Unverletzlichkeit berührt, sind wir einig.

Abbruch der Verhandlungen Englands mit Kanton.

London, 14. Februar. Reuter meldet: **Zwischen dem Außenminister Tschen und dem britischen Unterhändler O'Malley ist bisher ein Uebereinkommen nicht erzielt worden. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der britischen Regierung und Kanton scheinen vollständig abgebrochen zu sein.**

Der Gouverneur von Hongkong hat bei der Kantoner Regierung dagegen Beschwerde eingelegt, daß in Schataukok an der Grenze des britischen Gebietes von Hongkong durch chinesische Soldaten versucht wird, aus den Bauern eine Armee zu bilden. **Der Gouverneur hat angeordnet, daß englische Truppenabteilungen in regelmäßigen Abständen die Grenze begehen.**

Weitere englische Truppen nach Schanghai.

Hongkong, 14. Febr. Der Abtransport eines weiteren Bataillons britischer Truppen nach Schanghai steht bevor. Die erste indische Brigade wird Hongkong nicht anlaufen, sondern direkt nach Schanghai weiter gehen. (W. T. B.)

Die Entlassung Aglens zurückgenommen.

Peking, 12. Febr. Die Regierung hat die Entlassung des Generalinspektors Aglen zurückgenommen und ihm einen Urlaub von einem Jahr zugestanden. Zu seinem Stellvertreter wurde Edwards ernannt, der seinen Dienst am Freitag angetreten hat. Die Regierung hat ferner ihren dem Generalinspektor erteilten Befehl zur Einziehung der Zusatzzölle zurückgezogen.

Falsche polnische Einwände.

Deutsche Zurückweisung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Febr. Von polnischer Seite wird weiter in Abrede zu stellen versucht, daß zwischen der Ausweisungsfrage und den Handelsvertragsverhandlungen ein Zusammenhang besteht. Demgegenüber wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß von vornherein die gleichzeitige Lösung der Frage des Niederlassungsrechtes mit den Zollverhandlungen in Aussicht genommen war. Lediglich auf polnischen Wunsch hin ist über die Ausweisungsangelegenheit mit der polnischen Regierung getrennt verhandelt worden. Ueber die Zusammengehörigkeit ist aber unsererseits nie ein Zweifel gelassen worden. Daß eine systematische Verdrängung der Deutschen aus den früher deutschen Länderteilen Polens stattfindet, dafür sprechen zahlreiche Fälle, die sich bis auf die letzten Wochen erstrecken.

Der von polnischer Seite versuchte Vergleich der ständigen deutschen Niederlassungen in Polen und der polnischen Saisonarbeiter in Deutschland ist ganz unhaltbar. Ueber die polnischen Wanderarbeiter ist mit der polnischen Regierung die Einigung getroffen worden, daß diese im Herbst Deutschland verlassen und im kommenden Jahre wiederkehren. Nach dem Genfer Abkommen soll die Staatsangehörigkeit keinen Grund geben, jemanden von seiner Brotstelle fortzunehmen. **Deutscherseits ist der polnischen Regierung übrigens eine Brücke geboten worden, die zur Wiederaufnahme der Verhandlungen führen kann.**

Pariser Einheitsfront für Polen.

Paris, 14. Febr. Die Unterbrechung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wird in hiesigen politischen Kreisen und in der Presse lebhaft kommentiert. Man stützt sich dabei fast ausschließlich auf aus polnischer Quelle stammende tendenziöse Meldungen und sucht es so darzustellen, **als ob die Reichsregierung nur einen Vorwand gesucht habe, um die Verhandlungen über den Handelsvertrag abzubrechen.** Besonders in nationalistischen Kreisen stellt man die Deutschenausweisungen aus Oktoberschlesien als einen Notwehrakt der polnischen Regierung hin, **indem man behauptet, daß die ausgewiesenen Deutschen antipolnische Propaganda getrieben hätten.**

Die **französische Presse** wird von Warschau aus seit einigen Tagen mit Nachrichten über die Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen überschwemmt. Als Beweis dafür, wie selbst ein linksstehendes Blatt, das aufrichtig für die deutsch-französische Verständigung kämpft, irregeführt werden kann, ist das „Oeuvre" anzusehen, das mit den gleichen Argumenten wie die nationalistische polnische und französische Presse gegen Deutschland vorgeht und **die Ausweisung deutscher Untertanen als absolut berechtigt bezeichnet, und das nicht einmal anerkennen will, daß die Grundlage für jeden vernünftigen Handelsaustausch die Sicherung des Niederlassungsrechtes der Bürger eines Staates bildet,** mit dem man einen Handelsvertrag abzuschließen gedenkt. **Die deutsch-polnische Angelegenheit wird von einem Teile der Presse in absolut durchsichtiger Weise an**

Bedeutung über den amerikanischen Vorschlag einer Seeabrüstungskonferenz gestellt.

Hinter dieser Pressekampagne steht offenbar die Absicht, neue Argumente gegen die Räumung der Rheinlande vorzubringen.

Der „Temps" kommt zu dem Schluß, die erste Handlung des neuen deutschen Kabinetts lasse klar die Tendenz erkennen, eine Abänderung der deutschen Ostgrenzen als erste Forderung aufzustellen. — Noch weiter geht „Liberté", die nicht nur einen **deutschen Versuch, Polen zu erdrosseln** (!) feststellen zu können glaubt, sondern auch davon spricht, nach Polen solle die Tschecho-Slowakei an die Reihe kommen. — „Soir" schreibt: Hinter dem deutsch-polnischen Zollkonflikt stehe ein politischer Konflikt; und der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen bedeute eine weitere Verwicklung in den europäischen Beziehungen. Die Tatsache, daß in Warschau ein Kabinett mit militärischen Tendenzen im Amte sei, und daß das neue deutsche Kabinett von der Rechten beherrscht werde, würde jedenfalls die Regelung des Streitfalles nicht erleichtern.

Weitere Deutschenverfolgungen in Polen.

Berlin, 14. Februar. Wie aus Thorn gemeldet wird, ist dort sieben Reichsdeutschen die Schankkonzession entzogen worden, wodurch sie brotlos geworden sind. Wenn diese sieben Deutschen auch nicht ausgewiesen worden sind, so bleibt ihnen jetzt doch kaum etwas anderes übrig als Polen zu verlassen.

Beschlagnahme einer Minderheiten-Zeitschrift

Warschau, 14. Febr. In führenden Kreisen der fünf in Polen lebenden Minderheiten (der Deutschen, Ukrainer, Weißrussen, Juden und Litauer) ist vor einiger Zeit der Beschluß gefaßt worden, unter dem Namen „Ratio" eine gemeinsame Monatsschrift, die sich ausschließlich mit Minderheitsfragen beschäftigen sollte, herauszugeben. Die erste Nummer der neuen Zeitschrift, die heute in Warschau erscheinen sollte, wurde gestern von der Polizei ohne Angabe von Gründen beschlagnahmt.

Die Deutschen, Ukrainer, Weißrussen und Juden haben wegen der Beschlagnahme eine Interpellation an den Minister des Innern und an den Justizminister gerichtet.

Dr. Wirth und das Zentrum.

Nachdem am Sonntag der Reichsparteiausschuß des Zentrums die Haltung der Reichstagsfraktion während der Krise und damit den Rechtsabmarsch der Partei einmütig gebilligt hat, ist auch unter dieses schwierigste Kapitel der jüngsten innenpolitischen Entwicklung der Schlußstrich gezogen. Das nicht nur für das Zentrum, sondern auch für die anderen an der Reichsregierung beteiligten Parteien Wichtige an dieser Tatsache liegt darin, daß die führende Koalitionspartei nunmehr frei von inneren Hemmungen, gedeckt durch das Votum der Wählervertretungen, an die sachliche Arbeit auf Grund des Regierungsprogrammes gehen kann. Als ungelöster und scheinbar auch nicht aufgehender Rest bleibt nur noch der „Fall Wirth", der bei diesem Generalreinemachen in der Partei erledigt werden sollte, aber — nach außen hin wenigstens — unerledigt geblieben ist. Wenn es sich auch hierbei um eine interne Angelegenheit der Zentrumspartei handelt, die sie mit sich selbst auszumachen hat, so sind doch Vorgeschichte und mutmaßliche Folgen dieses Zwischenspieles so weitreichend, daß auch alle anderen hinter der jetzigen Regierung stehenden politischen Kreise begründeten Anlaß haben, sich für die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Zentrum und dem Exponenten seines linken Flügels zu interessieren.

Bei der bekanntlich beim Zentrum besonders stark ausgeprägten Parteidisziplin mußte die zweimalige Auflehnung Dr. Wirths bei entscheidenden Anlässen als schwerer Verstoß gegen die Grundsätze der Partei aufgefaßt werden. Denn er hat mit seiner Abstimmung nicht nur den ihm verhaßten Deutschnationalen, den Herren Hergt und v. Keudell, sondern auch dem Kanzler, dem Vorsitzenden der eigenen Partei, sein „wohlüberlegtes" Nein entgegengeschleudert, obwohl es ihm doch ein leichtes gewesen wäre, ähnlich wie eine Reihe seiner engeren Freunde, durch Fernbleiben von der Abstimmung das Ja zu vermeiden. Die ziemlich einmütige Verurteilung dieses Verhaltens durch die Zentrumspresse und auch der Ausdruck des Bedauerns darüber von seiten der Fraktion — übrigens eine sehr milde Form der Zurechtweisung — konnten den „aufrechten Republikaner" nicht davon abhalten, auch bei der parlamentarischen Erledigung der Hetze gegen Herrn v. Keudell wieder im Gefolge seiner sozialistischen Freunde einherzutraben. Nicht genug damit, rechtfertigte er seine Haltung in der Zeitschrift der „Republikanischen Union" mit zwar wenig stichhaltigen Gründen, aber mit einer um so auffallenderen Schärfe. Der Vorwurf der Frechheit gegen ein führendes Organ der eigenen Partei ist jedenfalls auch für Dr. Wirths Temperament ungewöhnlich. Abgesehen von diesen und anderen polemischen Ausfällen, besteht die sachliche Verteidigung Dr. Wirths in der Behauptung, daß er nicht, wie ihm vorgeworfen werde, eine Heranziehung der Rechten überhaupt und grundsätzlich ablehne, sondern daß ihm eine Mitwirkung an dieser „Provokation der Republik" deshalb unmöglich gemacht worden sei, weil die Rechte trotz seiner „Mahnungen, Beschwörungen und Zwiesprachen" nicht „republikanisch" geworden sei und keinen „Gesinnungswechsel" vollzogen habe. Diese Begründung ist alles andere, nur nicht das, was Dr. Wirth selbst von ihr behauptet, nämlich „gerade" und „widerspruchslos". Denn Dr. Wirth wußte, ebenso wie alle anderen Zentrumsführer, bevor er durch seine Mitarbeit am Zentrumsmanifest den damit eingeleiteten Verhandlungen ihre besondere Bedeutung gab, daß es weder möglich noch billig war, von den Deutschnationalen den jetzt vermißten grundsätzlichen Gesinnungswechsel zu verlangen. Herr Dr. Wirth war selbst Kabinettschef in einer Koalition mit der Linken, und er hat auch damals gewußt, daß nicht der gegenwärtige Staat, sondern die ganz anders aussehende und mit verfassungsmäßigen Mitteln vorläufig nicht zu erreichende „sozialistische Republik" das Ideal und Fernziel der mitregierenden Sozialdemokraten war. Niemals aber ist es ihm eingefallen, von seinen Freunden zur Linken einen Gesinnungswechsel unter Verzicht auf diese Ziele zu fordern. Gründe der politischen Loyalität hätten ihn deshalb schon veranlassen müssen, auch von den Deutschnationalen zur Begründung ihrer Regierungsfähigkeit nicht mehr zu verlangen, als das, was erreicht wurde: das Anerkenntnis der Rechtsgültigkeit der Verfassung mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen.

In Wirklichkeit konnte Dr. Wirth nach seiner ganzen Persönlichkeit und Vergangenheit so viel Gerechtigkeit nicht aufbringen. Einige Erinnerungen an die letzten Phasen seiner politischen Laufbahn mögen das erklären, wenn auch nicht entschuldigen. Im August 1925 hatte sich Dr. Wirth von seiner Fraktion getrennt, weil die politische Konjunktur des ersten Kabinetts Luther, innerlich der jetzigen nicht unähnlich, seinen Einfluß lahmgelegt hatte. Das war für seinen Ehrgeiz und Betätigungsdrang, besonders nach den Zeiten der Kanzlerschaft, unerträglich. Nach vielen Mühen gelang es dann im vorigen Jahre der Partei, den „verlorenen Sohn" wieder einzufangen, nicht ohne Zusicherungen von seiten der Fraktion, daß er nicht wieder in die Lage gebracht würde wie